

Stadt bleibt dran an der Ferieninsel

LANGENTHAL Eltern, die ihre Kinder auch während der Schulferien gerne betreut wissen, dürfen hoffen: Die Stadt verfolgt ein entsprechendes Tagesstrukturangebot – auch Ferieninsel genannt – weiter.

Ernüchternd ist das Fazit, welches das Amt für Bildung, Kultur und Sport (Abikus) in seinem Prüfbericht zieht: «In Langenthal kann mit den wenigen bestehenden privaten Angeboten die Nachfrage nach Tagesstrukturen während der Schulferien nicht gedeckt werden. Im Vergleich mit ähnlich grossen Gemeinden im Kanton Bern ist das Angebot in Langenthal eher dürftig.» Ausgearbeitet wurde der Bericht aufgrund eines Postulats von Stadträtin Rahel Lanz (EVP). Sie ist überzeugt, dass es in Langenthal ein Betreuungsangebot während der Schulferien – genannt Ferieninsel – braucht. Auch, um berufstätige Eltern zu entlasten.

Abikus erhält Auftrag

Mit dem Versand der Stadtratsunterlagen orientierte der Gemeinderat gestern darüber, dass die Stadt das Anliegen von Rahel Lanz weiterverfolgen will. Das Abikus erhält den Auftrag, eine Vorlage für ein Pilotprojekt zur Einführung eines Tagesstrukturangebots während der Schulferien auszuarbeiten.

Bei seinem Entscheid stützt sich der Gemeinderat auf den Prüfbericht des Abikus ab. In diesem wird skizziert, wie eine Ferieninsel in Langenthal aussehen könnte. «Personell kann ein Tagesstrukturangebot während der Ferienzeit durch die Mitarbeitenden der Tagesschulangebote Langenthal abgedeckt werden», heisst es im Bericht. Denkbar seien auch Einsätze von Zivildienstleistenden. Darüber hinaus haben mehrere Institutionen eine mögliche Mitwirkung in Aussicht gestellt: die FDP-Frauen, die reformierte Kirchgemeinde, die Kinder- und Jugendfachstelle Tokjo sowie die Stiftung Ferienheim Oberwald.

Die Krux mit dem Ferienheim

In räumlicher Hinsicht, so der Prüfbericht, böte sich die vorhandene Infrastruktur der Tagesschulangebote Langenthal an. Auch das Ferienheim Oberwald ob Dürrenroth wird als möglicher Ort für eine Betreuung von Kindern während der Ferienzeit

«Im Vergleich mit ähnlich grossen Gemeinden ist das Angebot in Langenthal eher dürftig.»

Prüfbericht Abikus

genannt. In die Quere kommen könnte der Stadt in diesem Zusammenhang aber, dass der Gemeinderat zurzeit eine Stadtratsvorlage ausarbeiten lässt, die eine Streichung der finanziellen Unterstützung des Ferienheims Oberwald vorsieht.

Keine finanzielle Unterstützung für Betreuungsangebote während der Ferien gibts zurzeit vom Kanton. Der Bericht kommt deshalb zum Schluss, dass eine Ferieninsel in Langenthal für die Eltern ziemlich kostspielig wäre. Deshalb «müsste ein Tagesstrukturangebot während der Ferienzeit wohl durch die Stadt mitgetragen werden», solange der Kanton keine finanzielle Beteiligung gewährleistet. Patrick Jordi

Das alte Schulmodell ist auf dem Prüfstand



Baulich wurde das Schulzentrum Kreuzfeld bereits modernisiert. Jetzt stellt sich die Frage, wie die Stadt ihre Schule künftig strukturell gestaltet. Thomas Peter

LANGENTHAL EVP-Stadtrat Daniel Steiner fordert die Einführung des durchlässigen Schulmodells. Der Gemeinderat indes warnt vor einem voreiligen politischen Entschluss. Er verweist auf die bereits angelaufene «erweiterte Schulplanung».

Ein durchlässiges Schulmodell: Geht es nach Daniel Steiner, soll Langenthal in absehbarer Zeit ein solches einführen. So fordert es der EVP-Stadtrat in einer Motion, die er im März eingereicht hat und über die das Parlament am 22. Juni befinden wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Thema aufs Tapet kommt. Bereits 2010 wurde im Rahmen der Schulaumentwicklung auch die Modellfrage aufgegriffen. Nach wie vor hält Langenthal aber am undurchlässigen Schulmodell fest. Und gehöre damit, so Steiner, gemäss aktueller Auskunft der Erziehungsdirektion zu den lediglich 26 Schulorganisationseinheiten im Kanton Bern, die noch an nicht durchlässigen Modellen mit klarer Trennung zwischen Sekundar- und Realschule festhalten würden.

Tatsächlich stellt die Stadt Langenthal mit ihrem undurchlässigen Schulmodell auch in der Oberaargauer Bildungslandschaft immer mehr eine Ausnahme dar (siehe Kasten). Dies werde «zunehmend als Schwäche wahrgenommen», verweist Steiner auf die Volksschule Lotzwil, die aufs kommende Schuljahr hin nun ihre eigene Sekundarschule eröffnet.

Handlungsbedarf erkannt

Ob einzig die fehlende Undurchlässigkeit in Langenthal Lotzwil zu diesem Schritt bewegen hat, oder ob durch den Gewinn der zuvor in Langenthal, Kleindietwil und Herzogenbuchsee unterrichteten Sekundarschüler einfach der Oberstufenstandort generell gesichert werden wollte, sei dahingestellt. So oder so sei der Handlungsbedarf erkannt, sagt Langenthals Volksschulkommissionspräsidentin Christine D'Ingiandi-Bobst (JLL).

Das Problem seien allgemein sinkende Schülerzahlen – und nicht einzig der Lotzwiler Entschluss und der damit verbundene Verlust von rund 30 Sekundarschülern in Langenthal. Ohnehin seien die kommenden Jahrgänge zahlenmässig schwächer als bisherige. Aufs Schuljahr 2017/2018 hin werden kantonsweit zudem

die heutigen Untergymnasiums-klassen an den Volksschulen aufgelöst und in die Gymnasien integriert.

Trotzdem warnt Christine D'Ingiandi-Bobst vor voreiligen Schlüssen. «Es wäre falsch, wenn die Politik zum jetzigen Zeitpunkt bereits die Richtung vorgibt», verweist sie auf eine bereits angelaufene erweiterte Schulplanung, in deren Rahmen die Volksschule nun einer Gesamtbetrachtung unterzogen wird.

Der Gemeinderat wird Steiners Vorstoss daher nur im Falle einer Wandlung in ein unverbindlicheres Postulat unterstützen.

Projektstart mit Verzögerung

An sich hätte die Volksschulkommission das Projekt erweiterte Schulplanung bereits vor mehr als einem Jahr starten wollen (wir berichteten). Die Kündigung des Amtsleiters per Ende April 2014 sowie die darauf folgende externe Evaluation des Amtes für Bildung, Kultur und Sport hätten jedoch zu Verzögerungen geführt, erklärt D'Ingiandi-Bobst – um anzufügen: Umso erfreulicher sei es, dass jetzt endlich Schwung in das an sich schon alte Anliegen komme.

DIE VERSCHIEDENEN SCHULMODELLE

Die Modellfrage bleibt umstritten

Nur gerade Aarwangen, Herzogenbuchsee und Langenthal führen im Oberaargau ihre Real- und Sekundarschulen noch getrennt. Alle anderen Sekundarschulen in der Region setzen bereits seit einigen Jahren auf durchlässige Modelle.

Sie unterteilen entweder ihre Stammklassen in Sekundar- und Realniveau, in den Niveaufächern Deutsch, Französisch und Mathematik können die Kinder je nach Leistung aber auch die jeweils andere Stufe besuchen (Modell 3a). Oder sie unterrichten ihre Oberstufenkinder in niveaudurchmischten Stammklassen und in den Niveaufächern entsprechend ihrer Leistungen

«Es wäre falsch, wenn die Politik zum jetzigen Zeitpunkt bereits die Richtung vorgibt.»

Christine D'Ingiandi-Bobst
Gemeinderätin (JLL)

Ziel sei, eine «langfristige, zukunftsgerichtete Strategie, Struktur und Organisation zu erarbeiten», ist den Akten zur bevorstehenden Stadtratssitzung zu entnehmen. Auch die Schulmodellfrage werde einen Bestandteil dieser Abklärungen bilden, erklärt D'Ingiandi-Bobst. Ebenso wird eine Zentralisierung der Sekundarstufe 1 im Kreuzfeld geprüft.

Klare Prioritäten

«Wir sind absolut bereit, in diesem Rahmen auch die Einführung von Mehrjahrgangsklassen zu prüfen», verweist Christine D'Ingiandi-Bobst auf eine zweite Motion Steiners, die ebenfalls an der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden soll. Gemäss Stadtratsunterlagen wird der Gemeinderat diesen Vorstoss aber auch im Falle der Wandlung in ein Postulat nicht unterstützen.

«Man sollte das Fuder nicht überladen», sagt D'Ingiandi-Bobst. «In einem ersten Schritt geht es jetzt klar um die Sekundarstufe 1.» Schon heuer sollen dem Gemeinderat zu dieser erste Anträge gestellt werden. Noch im Juni finde ein Workshop unter anderem mit den Lehrpersonen statt. Es sei wichtig, dass diese in die Planung eingebunden seien, betont die Gemeinderätin. «Wenn sie die Qualität nicht leben, bringt uns das beste System nichts.» Kathrin Holzer

Die Vor- und Nachteile durchlässiger Modelle sind umstritten. Der Regierungsrat empfiehlt die Durchlässigkeit mit Verweis auf teils erhebliche Leistungsüberschneidungen bei undurchlässigen Modellen und weil ein Selektionsentscheid einfacher korrigiert werden könne. Der Fachbericht des städtischen Amtes für Bildung, Kultur und Sport hält mit Verweis auf diverse Untersuchungen aber auch fest, dass die Organisation aufwendiger werde. Die Frage, ob die Schüler bei einem durchlässigen Modell mehr Kompetenzen erhalten, sei umstritten. Allerdings lägen Hinweise auf eine verbesserte Chancengleichheit vor. khl

aufgeteilt in Sekundar- und Realklassen (Modell 3b). Oder die Klassen sind permanent gemischt, der Niveauunterricht erfolgt für beide Niveaus im gleichen Raum (Modell 4). **Als Sekundarschüler gilt, wer in mindestens zwei der drei Niveaufächer dem Sekundarschulniveau entspricht.**

In den Langenthaler Schulzentren Kreuzfeld und Hard indes erfolgt der Unterricht für Real- und Sekundarschüler strikt getrennt (Modell 1). Im Schulzentrum Elzmatte sind die Klassen ebenfalls getrennt, es werden aber mit Ausnahme der Niveaufächer auch Fächer gemeinsam unterrichtet (Modell 2).

Wohnungen für Senioren

LANGENTHAL Stadtrat Beat Sterchi (SVP) wollte die Defizitgarantie der Stadt für die Stiftung Alterswohnungen an der Haldenstrasse aufheben. Der Gemeinderat ist aber anderer Ansicht.

Der 1970 vom Langenthaler Stimmvolk zum Ausdruck gebrachte Wille, günstigen Wohnraum für AHV- und IV-Rentner anzubieten, entspricht nach Ansicht des Gemeinderates einem unveränderten Bedürfnis. Das Sozialamt wurde deshalb zusammen mit dem Finanzamt beauftragt, die Stiftung für Alterswohnungen zu beraten und zu unterstützen, damit das jährliche Betriebsdefizit der Alterssiedlung Haldenstrasse möglichst klein ausfällt.

Die Defizitgarantie wollten Stadtrat Beat Sterchi (SVP) und die Mitunterzeichnenden aufheben. Die Motion wurde im Sommer 2013 in ein Postulat gewandelt und überwiesen. Der Gemeinderat stützt sich nun auf einen Prüfbericht von Peter Dolder Beratungen GmbH sowie den Bericht des Bundesamtes für Statistik «Armut im Alter». Der Stadtrat wird die schriftlich erteilte Antwort an seiner Sitzung vom 22. Juni lediglich zur Kenntnis nehmen können.

Sterchi hatte argumentiert, die Defizitgarantie sei 1970 an einer Gemeindeabstimmung beschlossen worden, bevor der Kanton die Finanzierung von Altersheimen und -wohnungen in seiner Gesetzgebung geregelt habe. Heute könne die Stiftung im Normalfall ohne die Hilfe der Stadt auskommen.

Maximal 1100 Franken

Aus dem Prüfbericht geht nun unter anderem hervor, dass die Alterswohnungen an der Haldenstrasse sich nach 45 Jahren noch weitgehend im ursprünglichen Zustand befinden. In die Gebäudestruktur wurde nur wenig investiert. Zudem entsprechen die vielen Einzelzimmer-Wohnungen kaum den heutigen Ansprüchen. Aber Langenthal verfügt nur über ein kleines Angebot an Wohnungen, die unter dem anrechenbaren Mietzinsmaximum an die Ergänzungsleistungen von monatlich 1100 Franken liegen. Die an der Schützenstrasse und an der St.-Urban-Strasse erstellten Seniorenwohnungen sind für die Bezüger von Ergänzungsleistungen zu teuer. Die Zahl der wirtschaftlich schwachen Senioren werde in Zukunft mindestens gleich bleiben. Das Bedürfnis nach günstigen Wohnungen bleibe also bestehen. rgw

Fragen zu den Matten

LOTZWIL SVP-Grossrätin Käthi Wälchli (Obersteckholz) sorgt sich um die Zukunft der Wässermatten. Zu Beginn der Junisession wollte sie deshalb vom Regierungsrat wissen, ob dieser auch der Meinung sei, dass das gewählte Finanzierungsmodell für die Entschädigung der Bewirtschafteter gescheitert sei und die Wässermatten gefährdet seien. Die Antwort: «Es besteht Handlungsbedarf.» Die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion suche bereits nach Lösungen, schreibt die Kantonsregierung auf Wälchlis Frage, ob der Regierungsrat bereit sei, neue zeitgemässe Lösungen zu erarbeiten, die den Schutz der Wässermatten gewährleisten. paj